

# Den Klimaschutz vorantreiben

SPD und Grüne reichen etliche Anträge von Baumpflanzung bis hin zur Wärmeversorgung und E-Mobilität ein. Im Fachausschuss soll über viele Möglichkeiten gesprochen werden.

Lorraine Brinkmann

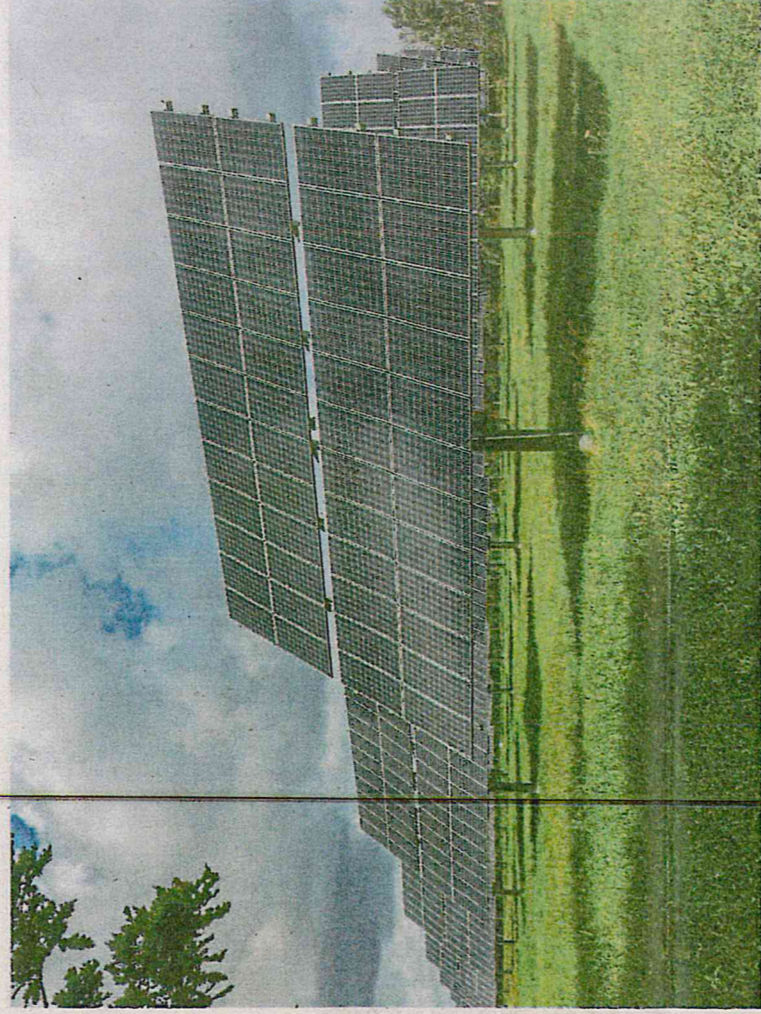
**Kalletal.** Zwar kann auch jeder Einzelne etwas tun, aber auch die Kommunen kommen nicht mehr drumherum, sich dem Klimawandel zu stellen. Die Kalletaler Fraktionen von SPD und Grünen haben aus diesem Grund etliche Anträge an die Gemeinde gestellt, die das Thema Nachhaltigkeit weiter vorantreiben sollen. Sie werden Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität und Nachhaltigkeit sein. Die Ideen sind breit gestreut.

## Baumpflanzungen

In den vergangenen Jahren seien, vor allem an den Gemeindestraßen, viele Bäume verloren gegangen, schreiben die Fraktionen. Daher beantragen sie, mindestens im Verhältnis drei zu eins, diese durch Neuanpflanzungen zu ersetzen. Und das, wenn möglich, am gleichen Ort. Sollte das nicht machbar sein, sollen auch gemeindeneigene Flächen genutzt werden, die der Öffentlichkeit zugänglich sind. Außerdem Schulen und Kitas. Auch Privatpersonen könnten dabei berücksichtigt werden. Geplant werden sollen vor allem Obstbäume, alte heimische Sorten oder klimaresiliente Bäume.

## Elektromobilität

Mittel- bis langfristig wird der Bedarf an Ladeinfrastruktur für Elektromobilität steigen und soll in der Gemeinde entsprechend an den Bedarf angepasst und aus-



Photovoltaik könnte eine Möglichkeit sein, das Thema Erneuerbare Energien voranzutreiben. Grüne und SPD machen auch den Vorschlag, den Rathausparkplatz zu überdachen und mit einer Solaranlage zu versehen.

Symbolfoto: Pixabay

gebaut werden. Für das Jahr 2023 soll eine Analyse von Szenarien erfolgen bezüglich des zu erwartenden Anstiegs und der dafür nötigen Infrastruktur und zwar in Zusammenarbeit mit dem Kreis Lippe, den anderen Leader-Kommunen und Förderung soll; ausgehend von dieser Analyse, einen schrittweisen Ausbauplan vorlegen, umsetzen und im kommunalen Mobilitätskonzept berücksichtigen.

## Wärmeversorgung

Wie ist künftig eine Wärmeversorgung ohne fossile Brenn-

stoffe möglich? Zu dieser Frage beantragen SPD und Grüne, soll die Gemeinde dem Rat ein Investitions- und Betreiberkonzept vorlegen. Bisher seien schon viele gemeindeeigene Immobilien auf umweltfreundliche Heizsysteme umgerüstet worden oder werden derzeit umgebaut. Bei vielen Gebäuden sei außerdem eine energetische Sanierung erfolgt, schreibt die Gemeinde, die sich zudem auch um eine Bewertung als Modellkommune im Projekt „Kommunale Wärme wende“ bemüht. Um die umgesetzten Projekte einzuordnen, empfiehlt die Gemeinde einen Abgleich mit dem Klimaschutz-

konzept.

## Erneuerbare Energien

SPD und Grünen bitten die Verwaltung, zu prüfen, ob durch Vereinbarungen mit benachbarten Kommunen ein Solidarpakt zur Gewinnung Erneuerbarer Energien geschlossen werden kann. Im Rahmen dessen könnte vereinbart werden, Solar- und/oder Windenergieprojekte gemeinsam bei der Flächennutzungsplanung anzugehen, schreiben die Fraktionen weiter. Außerdem soll geprüft werden, ob die Bildung einer gemeinsamen Anstalt öffentlichen Rechts,

einer Genossenschaft oder einer anderen Form von Betreibergesellschaft möglich ist.

Zudem soll beim Verkauf von Bauland beziehungsweise der Vergabe von Erbbaurechten gegebenenfalls die Installation von Photovoltaik-, Solarthermie- oder Hybridanlagen mit dem Bauherrn vereinbart werden. Einen weiteren Vorschlag machen die Fraktionen mit einer möglichen Überdachung des Parkplatzes am Rathaus durch ein Solardachsystem. Ob das umsetzbar ist und wie viel ein solches System kosten würde, soll dem Fachausschuss vorgestellt werden.

Im Rahmen der Überarbeitung des Flächennutzungsplans soll außerdem die Möglichkeit untersucht werden, eine Fläche als Sondergebiet für eine Freiflächenanlage im Sinne einer Agrophotovoltaik darzustellen. Dabei handelt es sich um ein Anbausystem zur Produktion von landwirtschaftlichen Gütern unterhalb oder inmitten von PV-Freiflächenanlagen, das die Erträge aus Photovoltaik und Photosynthese, also die gleichzeitige Ernte von Solarstrom und Lebensmitteln, optimiert. Zumindest beim Thema Bebauungspläne möchte die Gemeinde allerdings davon absehen, die Installation von Anlagen für erneuerbare Energien festzuschreiben, weil möglicherweise Fördermöglichkeiten für die Bauherren dadurch beschränkt werden.

Die Ausschusssitzung findet am heutigen Dienstag um 19 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses statt.

Kontakt zur Autorin: per Mail an lbrinkmann@lz.de

LZ 25. 10. 2022